

«Vollendete Tatsachen führen zu Irritation und Widerstand»

Bei den Einsiedler Ortsparteien steht der Kanton in der Kritik. Mit der Unterbringung von 30 bis 35 jugendlichen Asylsuchenden im Hotel Sonne sei der Ort vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Widerstand ist programmiert.

VICTOR KÄLIN

Im leerstehenden Hotel Sonne will der Kanton befristet auf zwei Jahre 30 bis 35 unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) unterbringen (EA 42/23). Der Bezirksrat Einsiedeln wurde in diesen Vorgang nicht involviert – was die Kritik am Vorhaben noch verstärkte. Der Einsiedler Anzeiger befragte die Präsidenten, respektive die Präsidentin der fünf Ortsparteien.

SVP: Auch am Paradeplatz denkbar?

Am meisten «Dampf» macht – wenig überraschend – die SVP: «Die lokale SVP sieht sich in der Pflicht und will sich für den Standort Einsiedeln einsetzen», schreibt Präsident Christian Kälin. Bewegung in die Sache bringen sollen eine Petition sowie eine Interpellation (siehe Textbox auf dieser Seite). Da das Thema «sehr dringlich» sei, müssten «Gegenmassnahmen zeitnah initiiert werden». Generell sei für ihn das Vorgehen der Regierung «sehr befremdlich und unverständlich»: Der Standort Sonne sei «schlichtweg inakzeptabel und nicht tragbar». Die Standortevaluation ist für Kälin «nicht nachvollziehbar und verantwortlich. Kann man sich einen solchen Fall am Zürcher Paradeplatz vorstellen?»

Sollte die Dringlichkeit tatsächlich bestehen, ist für Christian Kälin klar, «dass die verantwortlichen Personen gemeinsam mit dem Bezirk eine Lösung erarbeiten und Alternativen zur Sonne suchen müssen».



«Eine Umnutzung, die nicht nachvollziehbar ist»: Der Standort Sonne am Klosterplatz ist umstritten. Foto: Victor Kälin

Die Mitte: Einfluss via Kantonsräte nehmen

Verständnis für die Polarisierung bringt Mitte-Präsident Dominik Süss auf. «Die Frage, ob der Standort in Klostersnähe passend ist, darf durchaus gestellt werden.» Es dürfe «aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass der Bezirk bei der Unterbringung der UMA durch den Kanton und den Bund grösstenteils ferngesteuert wird».

Das Asylwesen beschäftige Einsiedeln zwar; doch als Ortspartei sei sich die Mitte bewusst, «dass eine Einflussnahme über den Kanton und unsere dortigen Vertreter erfolgen muss». Mit einer «temporären» Unterbringung könnte sich die Mitte laut Präsident Süss «arrangieren». Dennoch verlangt seine Partei vom Kanton eine Langzeitlösung.

FDP: Eine nicht nachvollziehbare Umnutzung

Für die FDP spricht vor allem der «völlig ungeeignete Standort» gegen eine Unterbringung von Flüchtlingen in der Sonne, wie Präsidentin Sybille Rohner erklärt: «Es wird an einer touristisch äusserst wichtigen und attraktiven Lage eine Umnutzung angestrebt, die notabene nicht nachvollziehbar ist.»

Sie verweist darauf, dass der Biberhof in Biberbrugg bereits über 70 Plätze verfüge, die im Bezirk Einsiedeln liegen. «Wir meinen, dass eine Verteilung in alle Bezirke und Gemeinden zwingend geprüft werden muss oder zumindest transparent dargestellt wird, dass dies getan wurde, bevor weitergehende Schritte in Betracht gezogen werden.» Sollte der Kanton keine Hand zu

einer besseren Lösung bieten, «können wir uns vorstellen, weitergehende Schritte zu ergreifen».

Dass der Kanton die Verteilung des Bundes vollziehen müsse und es «generell schwierig ist, die nötigen Standorte zu finden, ist uns auch klar», hält Rohner fest. «Es kann aber nicht sein, dass der Standort der Unterbringung so einseitig bestimmt wird und keine vorgängige Kommunikation seitens des Kantons stattfindet. Schliesslich», so die Überlegung der FDP-Präsidentin, «profitieren auch die UMA von einer breiteren Akzeptanz in der Bevölkerung.»

SP: Keine populistische Wahlkampfpropaganda

Auch die SP Einsiedeln kann der Sonne als Flüchtlingsunterkunft nichts abgewinnen: «Die Betreuung von so vielen Jugendlichen ohne Umschwung, an solch exponierter Lage und in einem wenig jugendgerechten Umfeld» stellt aus Sicht der SP «eine enorme Herausforderung

dar», erklärt Präsident Johannes Borner. Deshalb schlägt die SP «dezentrale Kleingruppen von fünf bis sechs Jugendlichen mit guter pädagogischer Betreuung vor. Das», so Borner, «würde funktionieren».

Auch die SP Einsiedeln ist vom Vorgehen des Kantons irritiert. Die Regierung hat nach ihrer Ansicht «einmal mehr bei einem sensiblen Thema Fakten geschaffen, ohne Dorf und Bezirk ins Boot zu holen». Die fehlende Einsiedler Vertretung im Regierungsrat, so die Schlussfolgerung, «zeigt sich mit diesen vollendeten Tatsachen erstmals deutlich». Doch letztlich sei für die SP Einsiedeln wichtig, dass «diese humanitäre Aufgabe ohne populistische Wahlkampfpropaganda gemeistert werden kann».

GLP: Jungen Menschen eine Chance geben

Grundsätzlich steht der Vorstand der GLP einer Unterbringung von UMA im Hotel Sonne «offen gegenüber», hält Präsi-

dent Ruedi Bopp fest. Der prominente Standort am Klosterplatz berge allerdings «ein erhöhtes Konfliktpotenzial». Deshalb ist auch für die Grünliberalen unverständlich, «dass der Bezirk offenbar nicht vorinformiert wurde und die Informationsveranstaltung für die Anwohnerschaft erst kurz nach Inbetriebnahme geplant ist. Wenn der Bezirk, die Anwohner und das in unmittelbarer Umgebung liegende Gewerbe vor vollendete Tatsachen gestellt werden, führt das zu Irritationen oder sogar zu Widerstand.»

Persönlich ist Bopp der Meinung, «dass Einsiedeln nicht versuchen sollte, eine Unterbringung von UMA im Hotel Sonne zu verhindern. Diese jungen Menschen brauchen ein Ort, wo sie leben können und wo sie lernen können, wie unsere Gesellschaft funktioniert. Wenn die Integration funktionieren soll, können wir sie nicht einfach auf irgendeinen «Hoger» schicken. Die Jungen sollen eine faire Chance bekommen, sich zu bewähren.»